

Politik auf Gratwanderung

DAZ sammelte Stimmen zur Diskussion über einen Boykott des EM-Gastgeberlandes Ukraine

Döbeln. Stell dir vor die Fußball-Europameisterschaft steht unmittelbar bevor und niemand redet darüber! Ganz so ist es zwar aktuell nicht, aber statt Turnier-Favoriten, Jogi Löws Wunschformation und das Zwicken in Wade und Oberschenkel des einen oder anderen Starkickers beherrschen derzeit andere Themen rund um das sportliche Top-Ereignis die Medien. Nämlich der Fall Timoschenko und seine möglichen Konsequenzen für Co-Gastgeber Ukraine.

Für den Döbelner SPD-Landtagsabgeordneten Henning Homann ist der Fall der Ukraine ein weiteres Beispiel dafür, dass dem Motto "erst denken, dann handeln" auch in diesem Bereich mehr Geltung verschafft werden sollte. "Einschränkend muss man in diesem konkreten Fall jedoch sagen, dass sich die Ukraine zum Zeitpunkt der Vergabe der EM in einem hoffnungsvollen demokratischen Wandel befand. Prinzipiell bin ich jedoch der Auffassung, dass Sportveranstaltungen nicht als Werbeveranstaltungen für Diktatoren und Despoten dienen dürfen, weshalb von solchen Leuten geführte Länder bei der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen künftig ausgeschlossen werden sollten." Klare Unterschiede zwischen den sportlichen und den politischen Aspekten der Fußball-Europameisterschaft sieht derweil Homanns Döbelner CDU-Kollege in Dresden, Sven Liebhauser. "Ich habe großes Verständnis für alle Sportbegeisterten, die der EM entgegen fiebern und die zu Recht einen professionellen Ablauf der Veranstaltung fordern. Deshalb sollte die EM auch die sportliche Rolle erhalten, die ihr gebührt", so Liebhauser, der allerdings einen politischen Boykott durchaus für berechtigt hält. "Gerade wir Ostdeutsche können, so es gewünscht ist, mit unserem Hintergrund der friedlichen Revolution ein wichtiger Gesprächspartner für die Menschen in der Ukraine sein, denen jedoch nicht geholfen wäre, wenn sich deutsche Politiker auf Tribünen der Fußballstadien jubelnd mit den aktuellen Machthabern zeigen würden."

Auch der Döbelner Europaparlamentarier Peter Jahr hält nach eigenem Bekunden nichts von einem sportlichen, wohl aber von einem politischen Boykott. "Dafür habe ich die Boykottolympiaden in den 80er Jahren noch in zu schlechter Erinnerung", so der CDU-Politiker, der gleichwohl der Meinung ist, dass sich die Politik mit der Vergabe von Sportveranstaltungen auf einer Gratwanderung befinde. "Es ist sicherlich nicht unproblematisch, undemokratischen Staaten die Gastgeberrolle anzutragen, andererseits kann der Sport auch eine verbindende und Toleranz fördernde Funktion haben. Und wer weiß, ob über den Fall Timoschenko so intensiv diskutiert worden wäre, wenn er nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der EM stehen würde."

Für den Präsidenten des Kreissportbundes Mittelsachsen, Volker Dietzmann, ist in der aktuellen Situation entscheidend, dass der politische Konflikt nicht auf dem Rücken der Sportler ausgetragen wird. "Man sollte entsprechenden Druck im politischen oder auch wirtschaftlichen Bereich auf die Ukraine ausüben, aber in einer solchen Situation den Sport nicht zum Spielball politischer Interessen machen." Derweil glaubt Harald Sather, Präsident des Fußballverbandes Muldental / Leipziger Land, dass den derzeit geführten Diskussionen in den nächsten Jahren weitere folgen werden. "Der Vergabe von sportlichen Großereignissen

liegen heute mehr denn je politische Machtspiele und nicht zuletzt finanzielle Erwägungen zugrunde, wie das Beispiel Fußball-WM 2022 in Katar ganz deutlich zeigt." Roger Dietze